

Provokante These

Warum militante Proteste gut für die Demokratie sind. Seite 18

Foto: AFP/STF

Es gibt immer einen Weg

Wie suizidgefährdete Jugendliche im Internet beraten werden können. Seite 20

Wir relativieren uns zu Tode

Das postmoderne Theater interessiert sich kaum für die sozialen Nöte der Arbeiterklasse. Eine Polemik. Seite 13

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Mittwoch, 10. September 2014

69. Jahrgang/Nr. 211

Berlinausgabe 1,80 €

www.neues-deutschland.de

Foto: imago/DRAMA-Berlin

STANDPUNKT

Unter der Knute

Tom Strohschneider über die Haushaltspolitik der Koalition

Die Koalition hat dem Bundestag ein Trauerspiel aufgezungen – und das ist noch weit untertrieben formuliert. Mit ihrem an religiöse Unbelehrbarkeit erinnernden Festhalten am Spardogma wider setzt sich die Regierung nicht nur den Warnungen von Experten, des Internationalen Währungsfonds, der Opposition. Sie erklärt auch ein Austeritätsregime zum Maß aller politischen Dinge, das die Politik in Wahrheit entmündigt.

»Die schwarze Null ist kein Selbstzweck, sie steht für Verlässlichkeit«, hat Wolfgang Schäuble zu Beginn der Etatberatungen gesagt. Verlässlich sind an Ausgabenrestriktion und Kreditstopp vor allem die negativen Folgen – so wird etwa der Druck steigen, Infrastruktur zu privatisieren oder auf umstrittene Finanzierungspartnerschaften zu setzen. Kerngedanken des Grundgesetzes wie die Sozialstaatsklausel werden faktisch suspendiert, weil für den riesigen Nachholbedarf an sozialen Maßnahmen sowie öffentlichen Investitionen das Geld fehlt. Besser gesagt: Weil das Geld vor-gehalten wird. Denn auf eine angemessene Erhöhung der Einnahmen per Besteuerung von Vermögen und Profiten will sich die Regierung auch nicht einlassen.

Das Öffentliche wird von dieser Bundesregierung per Etatpolitik wie ein Problem behandelt, das man sich eingehandelt hat. Statt finanziell den Spielraum zu vergrößern, in dem um die beste Lösung drängender Probleme gestritten werden kann, regiert unter der Knute der schwarz-roten Austerität nur die Alternativlosigkeit des Sparens. Man kann es auch so sagen: Wolfgang Schäuble gefährdet die Demokratie.

UNTEN LINKS

Unter den vielen Erzeugnissen des Schokolade-Konzerns Roshen befindet sich Bonbonetti Elegance, eine Tafel Milkschokolade mit Haselnüssen. Diese Information ist insofern von Belang, als dass Roshen lange dem Milliardär und nunmehrigen ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko gehörte, der seit Monaten Krieg führt. Ein anderer Schokokönig namens Ritter Sport kämpfte ebenfalls verbissen um Ehre und Macht, und zwar wegen einer Vollmilch-Nuss-Schokolade. Seine Gegnerin, die Stiftung Warentest, ist nicht minder gefürchtet als irgendwelche Freischärler und behauptete, das umstrittene Produkt sei mangelhaft und »nicht verkehrsfähig«. So ähnlich würden wohl die so genannten Pro-Russen über Poroschenko und seine Regierung urteilen, wenn gleich deutlich drastischer formuliert. Ritter Sport hat die Stiftung Warentest besiegt, ohne dass ein Schuss gefallen wäre. Vielleicht ist ja in der Ukraine auch bald Ruhe. Darauf eine Tafel Bonbonetti Elegance! wh

ISSN 0323-4940



Die schwarze Null steht

Schäuble will unbeirrt sparen, Opposition kritisiert Etat

Berlin. Ungeachtet ökonomischer Warnsignale und des öffentlichen Investitionsaus hält die Bundesregierung an ihrem Sparkurs fest. Zum Auftakt der Haushaltsberatungen erklärte Finanzminister Wolfgang Schäuble am Dienstag im Parlament, man wolle die »solide, verlässliche, stabilitätsorientierte Politik entschlossen und unaufgeregt fortsetzen«. Zum ersten Mal seit 1969 sieht der Etatplan keine Neuverschuldung vor. Diese »schwarze Null« sei »kein Selbstzweck«, so der CDU-Politiker; ab 2015 sollen Bundeshaushalte ohne Neuverschuldung »Normalität« werden.

Schäubles Pläne sehen für das kommende Jahr Ausgaben von 299,5 Milliarden Euro vor. Über die Einzelpläne der Ministerien wird noch bis Freitag beraten. Der Finanzminister verwies selbst auf das »schwächelnde« europäische Wirtschaftsumfeld und internationale Krisen, lehnte aber Kredite für öffentliche Investitionen dennoch strikt ab. Die Opposition kritisierte diese Etatpolitik als unsozial und ohne Fundament. Linkspartei und Grüne warfen Schäuble vor, die »schwarze Null« nur per Griff in die Rentenkasse und den Gesundheitsfonds erreicht zu haben. Es fehle an Möglichkeiten der öffentlichen Investition. Die Verkehrsinfrastruktur sei teils in »desolatem Zustand«, sagte Linksfraktionsvize Dietmar Bartsch, der Etat leiste zu wenig für Bildung und Energiewende. Schäuble, so Bartsch, riskiere mit dieser Haushaltspolitik »auf das Größte die Zukunft des Landes«.

Zu Medienberichten, denen zufolge überlegt wird, den Solidaritätszuschlag abzuschaffen und aufkommensneutral durch Erhöhung anderer Steuern zu ersetzen, sagte Bartsch: »Darüber kann man reden.« Die Steuer war vor mehr als 20 Jahren eingeführt worden, die Einnahmen von jährlich rund 14 Milliarden Euro fließen dem Bund zu. tos

Seiten 5 und 11

Grafik: nd

Flug MH17 »von Objekten durchbohrt«

Erster Zwischenbericht zur Absturzursache über der Ostukraine vorgelegt

Der Absturz von Flug MH17 über der Ostukraine vor knapp sieben Wochen ist nach Auffassung niederländischer Ermittler durch Einwirkung von außen verursacht worden.

Von René Heilig

Am Dienstag wurde ein erster Zwischenbericht des zuständigen Onderzoeksraad voor Veiligheid (OVV) über Absturzursachen der Malaysia-Airline-Boeing am 17. Juli veröffentlicht. Die 34 Seiten können niemanden zufriedenstellen. Schon gar nicht die Ermittler selbst. Sie stellen fest, dass es keinerlei Hinweise auf technische Versagen oder fehlerhafte Handlungen der Besatzung gebe. Auch das Wetter kann keine Probleme bereitet haben.

Was die Experten zur Absturzursache mitteilen, ist dürftig. Die Boeing 777-200 mit 298 Menschen an Bord sei von »Objekten durchbohrt« worden und

zerbarst »während des Fluges in mehrere Teile«. Indirekt wird damit die These gestützt, laut der die zivile Linienmaschine mit einer Boden-Luft-Rakete abgeschossen wurde.

Die Ermittlergruppe habe bislang keine Wrackteile der abgestürzten Boeing untersuchen können, betonen die Autoren des Berichts. Das weiträumige Gebiet, in dem Trümmer verstreut liegen, ist zwischen ukrainischen Truppen und den Rebellen des Donezker Gebietes weiter umkämpft. Mehrfach ausgerufenen territorialen Waffenstillstände wurden nicht eingehalten. OVV weist jedoch darauf hin, dass Fotos von Trümmerteilen zeigen, dass die Maschine an mehreren Stellen durchsiebt wurde und auseinanderbrach.

Die Gefahr muss schlagartig über die Maschine gekommen sein. Auswertungen der Gespräche im Cockpit, die gespeicherten Daten des Flugrekorders sowie die

Aufzeichnungen der Flugsicherung hätten keinerlei Hinweise auf eine Notsituation an Bord ergeben. Die Crew habe keinen Notruf an die ukrainische Flugsicherung

»Es scheint, die Maschine hat angefangen auseinanderzufallen.«

Fluglotse in Rostow während der Katastrophe

abgesetzt. Dagegen seien Ansprachen der Flugsicherung ab 15.20 Uhr von der Besatzung der Boeing schon nicht mehr beantwortet worden.

»Der Absturz von Flug MH17 hat die Welt schockiert und viele Fragen aufgeworfen«, sagte OVV-Chef Tjibbe Joustra in einer auch per Video verbreiteten Einleitung zum Bericht. »Es werden weitere

Ermittlungen nötig sein, um diese genauer zu benennen.« Seine Behörde glaube, dass dazu bald zusätzliche Beweismittel verfügbar sein werden. Immerhin hatten die USA, die Ukraine, aber auch die Bundesregierung angedeutet, dass es weitere Hinweise auf den Abschuss und die Täter gebe.

Die OVV-Experten hatten nicht die Aufgabe, eine Anklage zu formulieren. Sie konnten nur in den Bericht schreiben, was alle an der internationalen Untersuchung beteiligten Behörden gebilligt haben. Das erklärt manche diplomatische oder unscharfe Formulierung.

Kurz vor der Vorstellung des Berichts hatte der malaysische Premierminister Najib Razak getwittert: »Heute bringen wir zwei weitere Opfer von Flug MH17 nach Hause.« Damit sind nach offiziellen Angaben nun die sterblichen Überreste von 34 der 43 malaysischen MH17-Passagiere in die Heimat überführt worden. Seite 7

Flüchtlingskinder werden schlecht behandelt

UNICEF wirft Deutschland Verstöße gegen UN-Kinderrechtskonvention vor

Berlin. Flüchtlingskinder werden in Deutschland laut einer Studie des UN-Kinderhilfswerks UNICEF oft massiv benachteiligt. Die am Dienstag in Berlin vorgestellte Untersuchung »In erster Linie Kinder« beleuchtet umfassend die Situation der Kinder, die in Deutschland Zuflucht suchen. Viele müssten monatelang auf einen Kita- oder Schulplatz warten, es gebe kaum Freizeitangebote für sie, heißt es darin. Das Handeln der Behörden widerspreche häufig den Prinzipien der UN-Kinderrechtskonvention.

Wegen der weltweiten Krisen und Kriege steigt die Zahl der Flüchtlinge in Deutschland an, doch sind die Länder oft nicht in der Lage, für eine menschenwürdige Unterbringung zu sorgen. Am Dienstag schlug die schwarz-grüne Regierung in Hessen eine nationale Asylkonferenz vor, um Bund, Länder und Kommunen an einen Tisch zu bekommen.

Die Flüchtlingspolitik auf europäischer Ebene wird in dem am Dienstag vorgestellten zweiten Bericht des »Europäischen Rats für Flüchtlinge und im Exil lebende Personen« kritisiert. Nach der Flüchtlingskatastrophe von Lampedusa im vergangenen Oktober habe die EU zwar zahlreiche Maßnahmen angekündigt. Doch die entscheidende Frage nach einem sicheren und legalen Zugang zum europäischen Territorium bleibe unbeantwortet. nd/Agenturen

Seiten 2, 3 und 9

Trotz Waffenruhe Strafe für Russland

EU gibt sich aber Bedenkenzeit

Brüssel. Die als unsicher geltende Waffenruhe in der Ostukraine hielt am Dienstag trotz Zusammenstoßen zwischen den Konfliktparteien bereits den vierten Tag. Telefonisch bestätigten die Präsidenten Russlands und der Ukraine, Wladimir Putin und Petro Poroschenko, ihren Willen zum Dialog. Trotzdem beschlossen die 28 EU-Mitgliedstaaten im Ukraine-Konflikt am späten Montagabend neue Sanktionen gegen Russland. Einigung wurde erst nach zwei Verlängerungen erreicht. Unter Hinweis auf die nach den Minsker Verhandlungen veränderte Lage wollten mehrere Länder nicht zustimmen.

Das Paket sei aber von den nationalen Regierungen genehmigt worden, hatte EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy Montagabend in Brüssel mitgeteilt. Erst bei Veröffentlichung im Amtsblatt sollen die Maßnahmen in Kraft treten. Dies soll einige Tage Zeit geben »für eine Beurteilung der Umsetzung der Waffenstillstandsvereinbarung und des Friedensplans«. Die EU sei bereit, »die vereinbarten Sanktionen ganz oder teilweise noch einmal zu überdenken«. Die EU-Botschafter sollen Mittwoch die Lage beraten.

Die Sanktionen richten sich gegen Staatsbanken, Rüstungsfirmen und Erdöl-Unternehmen. Rund 20 Personen belegt die EU mit Konten- und Einreisesperren. Agenturen/nd

Seiten 4 und 7

Lesen Sie heute im Ratgeber

In Deutschland warten 11 000 auf ein Spenderorgan: Was man über Organspenden wissen sollte

Neuer Betriebskostenspiegel des Mieterbundes

Urteile zum Datenschutz: Auto-Videokameras rechtswidrig